

INHALT DEZEMBER 2008

SEITE 1 GEIELTE ANSPRACHE VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Handreichung: Zur Weiterbildung motivieren

ZAHLENWERK

Entwicklung der Arbeitslosenquoten für Deutsche und Ausländerinnen/Ausländer 2008

SEITE 2

EIN JAHR NATIONALER INTEGRATIONSPPLAN

Tagung des DGB Bildungswerk zu Bilanz und Ausblick

SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR MIGRATION UND INTEGRATION

Initiative deutscher Stiftungen

INTEGRATIONSGIPFEL BEI DER KANZLERIN

Regierung legt Fortschrittsbericht zum Integrationsplan vor

SEITE 3

ZAHL DER BOATPEOPLE STEIGT

Dramatische Zahlen des UNHCR

NEUES LEITBILD

Wandel des BAMF

RÜCKÜBERWEISUNGEN

PREISWERT

Bundesministerium für Entwicklung unterstützt Internetseite

RESETTLEMENT-PROGRAMM

PRO ASYL fordert ein Aufnahmekontingent für Flüchtlinge

GUTE ARBEIT FÜR HAUSANGESTELLTE

Initiative strebt ILO-Konvention an

SEITE 4

DAS BUNDESWEITE INTEGRATIONSPROGRAMM – DIE PRAXIS DER INTEGRATIONSFÖRDERUNG IM BLICK

Kommentar von Regina Jordan, Leiterin der Abteilung Integration des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

GEIELTE ANSPRACHE VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Handreichung: Zur Weiterbildung motivieren

Das Klagen der Arbeitgeber über einen Fachkräftemangel schwoll seit einigen Jahren kontinuierlich an und wird in naher Zukunft noch lauter werden. Gleichzeitig ist die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft eher gering.

Diese Konstellation birgt augenscheinlich Chancen, die Situation sowohl für die Unternehmen als auch für Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Dazu sind verschiedene Schritte nötig.

Ein entscheidender ist es, Menschen mit Migrationshintergrund gezielt anzusprechen und zu beraten, damit sie den Wert von Weiterbildung für ihre

Arbeitsmarktinintegration und damit ihr persönliches Wohlergehen erkennen. Genau darum geht es in der Handreichung „Kommunikation und Motivation: Menschen mit Migrationshintergrund aktiv einbeziehen“, die gerade vom Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk veröffentlicht wurde.

Neben einer Übersicht über Strukturen und Netzwerke, die genutzt werden können, um Migrantinnen und Migranten zu erreichen, nehmen Experten aus der Praxis – Gewerkschafter, Vertreter von NGOs und Initiativen – Stellung und berichten über ihre Erfahrungen.

Die Handreichung „Kommunikation und Motivation: Menschen mit Migrationshintergrund aktiv einbeziehen“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:



[www.migration-online.de/
kommunikation](http://www.migration-online.de/kommunikation)

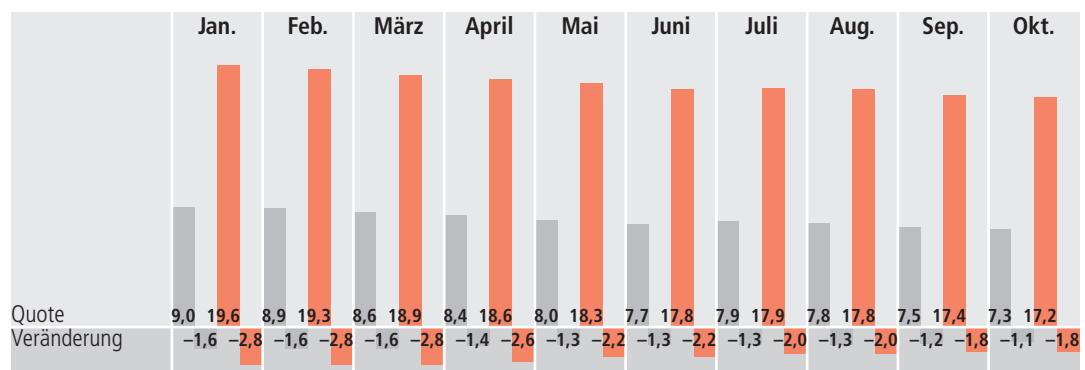
Die Handreichung kann auch als Printversion bestellt werden unter:

www.migration-online.de

ZAHLENWERK

Entwicklung der Arbeitslosenquoten für Deutsche und Ausländerinnen/Ausländer 2008 (Januar bis Oktober)

■ = Deutsche, ■ = Ausländerinnen/Ausländer



Daten: Bundesagentur für Arbeit, Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, Oktober 2008

Die Arbeitslosenquote ist hier berechnet als Anteil der Arbeitslosen an allen abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Beschäftigte plus Arbeitslose). Die

Arbeitslosenquote für Ausländerinnen und Ausländer wird immer so berechnet. Bei Deutschen ist die gängigere Berechnung der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. Hier sind die Selbstständigen mit einzogen. Die Veränderung ist gemessen in Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Daten zeigen, dass die Arbeitslosigkeit von Ausländerinnen und Ausländern nach wie vor mehr als doppelt so hoch ist wie die der Deutschen. Allerdings ist sie etwas stärker gesunken als die Arbeitslosigkeit unter der deutschen Bevölkerung.

EIN JAHR NATIONALER INTEGRATIONSPLAN



Die Bundesregierung



Der Nationale Integrationsplan

Neue Wege – Neue Chancen

Tagung des DGB Bildungswerk zu Bilanz und Ausblick

„Ein Jahr Nationaler Integrationsplan“ ist das Thema einer Tagung zum UN-Tag der Menschenrechte am 12. Dezember 2008 in Düsseldorf. Veranstalter ist der Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk. Vertreter aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik werden auf Grundlage der Bilanz des bisher Erreichten nach vorne blicken und künftige Anforderungen an eine erfolgreiche Integrationspolitik diskutieren. Ein Schwerpunkt dabei liegt auf der Frage, inwieweit Migrantinnen

und Migranten aktiv in den Umsetzungsprozess des Nationalen Integrationsplans einbezogen sind.

Ein Jahr Nationaler Integrationsplan – Erfahrungen und Perspektiven

12. Dezember 2008

9.00 bis 16.30 Uhr

DGB Bildungswerk

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Weitere Information und Anmeldung im Internet unter:

www.migration-online.de/tg_nip

oder unter

Telefon 02 11/43 01-1 92

SACHVERSTÄNDIGEN-RAT FÜR MIGRATION UND INTEGRATION

Initiative deutscher Stiftungen

Ende Oktober haben acht prominente deutsche Stiftungen den Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration gegründet. Die Initiative ging von der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung aus. Angeschlossen haben sich die Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Zentrale Aufgaben des Sachverständigenrats sind Bestandsaufnahmen, Entwicklungsanalysen, kritische Poli-

tikbegleitung und die Information der Öffentlichkeit in den Bereichen Integration und Migration. Dazu veröffentlicht er Jahresberichte, Gutachten und Stellungnahmen zur Entwicklung von Integration und Migration sowie zur Einschätzung von Integrations- und Migrationspolitik.

Vorsitzender des neunköpfigen Sachverständigenrats ist der emeritierte Osnabrücker Hochschullehrer und so etwas wie Guru der Migrationsforschung Klaus Bade.

Adresse der Internetseite des Sachverständigenrats:

www.svr-migration.de

INTEGRATIONSGIPFEL BEI DER KANZLERIN

Regierung legt Fortschrittsbericht zum Integrationsplan vor

Rund 140 Vertreter aus Politik, Migrantenselbstorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden trafen sich auf Einladung der Kanzlerin am 6. November 2008 zum dritten Treffen des Integrationsgipfels. Auf dem Treffen wurde der erste Fortschrittsbericht zum Nationalen Integrationsplan vorgestellt. Als konkrete Maßnahme kündigte die Bundesregierung an, Indikatoren entwickeln zu lassen, um die Erfolge des Integrationsplans messbar zu machen. Der Fortschritt bei den vielen kleinen Einzelschritten sei derzeit oft kaum erkennbar. Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer legte sich darauf fest, dass bis 2012 alle Kinder im Grundschulalter Deutsch können. Und sie versprach, die Zahl der Schulabreger bis dahin zu halbieren.

Die Bewertung des Integrationsgipfels fiel sehr unterschiedlich aus. Einige Stimmen:

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin: „Es ist sehr viel passiert, sehr viel mehr als die Summe der 400 Einzelmaßnahmen.“

Renate Künast (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): „Satte 400 Versprechen wurden gegeben. Am Ende bleiben nur warme Worte.“

Mehmet Tanriverdi, Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände: „Wir sind noch weit weg von dem Ziel, das wir uns gesetzt haben. Der Integrationsplan ist unten noch nicht angekommen.“

Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland: „Das Klima hat sich auf beiden Seiten wieder verbessert (...) Die Bundesregierung ist bereit, mit uns über unsere Themen zu sprechen.“

Armin Laschet (CDU), Integrationsminister NRW: „Ein Gipfel mit 140 Teilnehmern, die einmal im Jahr im Bundeskanzleramt zusammenkommen, ist gut und hat mit Sicherheit eine Signalwirkung. Wichtig wäre es aber, ein dauerhaftes Gremium aus dem Kreis des Gipfels zu bilden – Migrantengruppen, Wirtschaft,

Wohlfahrtsverbände, Bund und Länder –, das sich mit Integration kontinuierlich beschäftigt.“

Klaus Wowereit (SPD), Regierender Bürgermeister Berlin: „Die selbstgesteckten Ziele müssen ernst genommen werden. Deshalb reicht es nicht, nur immer neue Forderungen zu erheben. Es kommt darauf an, eine Trendwende in der Praxis zu erreichen.“

Peter Neher (Caritas): „Wir müssen ein Gefühl von Zusammengehörigkeit in einem vielfältigen Land wie Deutschland entwickeln.“

Maria Böhmer (CDU), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung: „Es lässt sich eine enorme integrationspolitische Aufbruchstimmung feststellen.“

Thorsten Jäger (Interkultureller Rat): „Integration braucht Chancengleichheit, Gleichbehandlung und das Recht auf gesellschaftliche und politische Teilhabe ... Integrationspolitik kann nicht bei Integrationsgipfeln und Integrationsplänen Halt machen. Sie muss ihren Niederschlag in der konkreten Gesetzgebung finden. Da stehen die Signale der Großen Koalition eher auf Rot als auf Grün.“

Annelie Buntenbach (DGB): „Integration entscheidet sich vor allem in der Bildungspolitik und auf dem Arbeitsmarkt. Und hier muss dringend etwas geschehen.“

Der Fortschrittsbericht kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/
fortschrittsbericht_nip](http://www.migration-online.de/fortschrittsbericht_nip)

Der Zwischenbericht des DGB zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/
zwischenbericht_nip](http://www.migration-online.de/zwischenbericht_nip)



ZAHL DER BOATPEOPLE STEIGT

Dramatische Zahlen des UNHCR

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) vermeldete Anfang November 2008 in weiten Teilen Europas und dem mediterranen Raum bereits weit mehr Boatpeople als im letzten Jahr.

Von Januar bis Oktober 2008 sind rund 30.000 Boatpeople in Italien angekommen, im letzten Jahr waren es insgesamt 10.000 weniger. Auf Malta stieg die Zahl der ankommenden Papierlosen von 1.800 im Jahr 2007 auf 2.600. Auch wenn in Griechenland nur Zahlen bis Juni 2008 verfügbar sind, zeigt sich hier ein ähnliches Bild: Im letzten Jahr erreichten knapp 20.000 Boatpeople die Küsten Griechenlands. Bis Juni dieses Jahres waren es jedoch bereits rund 15.000 Menschen. In Spanien und den Kanarischen Inseln ist der Anstieg der Boatpeople nicht ganz so drastisch. Bis Oktober 2008 versuchten 10.700 Menschen die Flucht übers Meer, gegenüber 9.100 im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor.

In Italien haben im letzten Jahr ein Drittel (rund 10.000) der Angelannten Asyl beantragt, wobei durchschnittlich die Hälfte (rund 5.000) auch Asyl erhält. Auf Malta bitten rund achtzig Prozent der Ankommenen (rund 2.000) um Asyl, von denen rund sechzig Prozent (rund 1.200) anerkannt werden. In Spanien dagegen liegt der Anteil der Asylbewerber unter den Boatpeople bei lediglich drei Prozent (rund 300).

Auch die Zahl der Verunglückten steigt bedauerlicherweise immer weiter: Im Jahr 2008 starben 509 Menschen vor der Küste Italiens und Maltas, Tendenz steigend. Durch die kriegerischen Zustände in Somalia hat auch der Menschenschmuggel durch den Golf von Aden drastisch zugenommen. Allein bis Oktober sind etwa 38.000 Menschen durch den gefährlichen Golf im Jemen angekommen. 2007 waren es nur 29.500. Offiziell gelten bis jetzt 600 Menschen als tot oder vermisst.

Weitere Informationen unter:
www.unhcr.de/aktuell

NEUES LEITBILD

Wandel des BAMF

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat Anfang Oktober 2008 sein neues Leitbild mit dem Titel „Den Menschen im Blick. Schützen. Integrieren“ veröffentlicht. Damit soll dem Wandel des

Bundesamtes von einer reinen Behörde zu einem Kompetenzzentrum in Fragen der Integration und Migration Rechnung getragen werden.

Weitere Informationen unter:
www.migration-online.de/leitbild_bamf

RÜCKÜBERWEISUNGEN PREISWERT

Bundesministerium für Entwicklung unterstützt Internetseite

Rücküberweisungen sind bei Untersuchungen über ökonomische Wirkungen von Migration ein wichtiger Faktor. Nach UNO-Schätzungen übersteigen die Gelder, die Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer schicken, weltweit die so genannte Entwicklungshilfe. Gerade für arme Länder sind Rücküberweisungen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Allerdings werden für Überweisungen oft sehr hohe Gebüh-

ren verlangt. Unterstützt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde jetzt ein Internetportal eröffnet, das Überweisungskosten minimiert. Wer die Internetseite www.geldtransfair.de aufruft, kann unter 25 Empfängerländern wählen, die Summe eingeben und unter verschiedenen Überweisungswegen wählen, etwa Scheck, Bargeldtransfer oder Auslandsüberweisung. Die Internetseite sucht den günstigsten Tarif unter 40 Anbietern und zeigt die Dauer der Überweisung an.

RESETTLEMENT-PROGRAMM

PRO ASYL fordert ein Aufnahmekontingent für Flüchtlinge

Kriege, Armut und politische Krisen zwingen jedes Jahr viele tausend Menschen zur Flucht. Nur die wenigsten von ihnen haben die Chance, einen sicheren Staat zu erreichen, wo sich ihnen echte Lebensperspektiven bieten. Ohne eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sitzen viele Flüchtlinge jahrelang in eigentlich provisorischen Lagern fest.

Deshalb fordert Pro Asyl gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, dem UNHCR, Kirchen sowie Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, die Neuansiedlung von „Flüchtlingen aus den schwierigen Verhältnissen in den Erstaufnahmestaaten heraus“ nach Deutschland.

Dabei betont Pro Asyl, dass die Neuansiedlung nicht als Ersatz für das Asylrecht gesehen werden darf, lediglich als Ergänzung. „Deshalb taugt die Neuansiedlung auch nicht als Alibi für eine ansonsten flüchtlingsfeindliche Politik.“

Zusätzlich betont Pro Asyl, dass Deutschland mehr als genügend Kapazitäten hätte, da die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland seit Jahren sinkt, auf inzwischen weniger als 20.000. Vor wenigen Jahren hatte die Bundesrepublik noch jährlich mehr als 100.000 Asylanträge zu bearbeiten. „Die Zahl der Eingewanderten und Flüchtlinge in Deutschland ist so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr.“

Deshalb fordert das Bündnis, „dass Deutschland sich im Rahmen eines Resettlement-Programms verpflichtet, kontinuierlich ein jährliches Kontingent von Flüchtlingen und deren Familienangehörige dauerhaft aufzunehmen und zu integrieren“. Gemäß des Auftrags der Vereinten Nationen (UNO) an den UNHCR, für Flüchtlinge dauerhafte Lösungen zu schaffen, benötigten die Neuangesiedelten einen Flüchtlingspass, eine Niederlassungserlaubnis sowie die damit verbundenen Rechte.

Weitere Informationen zur Kampagne findet man unter:
www.proasyl.de

GUTE ARBEIT FÜR HAUSANGESTELLTE

Initiative strebt ILO-Konvention an

„Respekt und Rechte für Hausangestellte“ ist das Thema eines neuen Internetportals, das ein weltweites Netz knüpfen will, um gerechte Arbeitsbedingungen für Hausangestellte durchsetzen zu können. Initiator des Portals ist die Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL). Aus Deutschland gehören diesem internationalen Gewerkschaftsbund die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten und die IG Bauen – Agrar – Umwelt an.

Die Internetseite informiert auch über die sehr unterschiedlichen Anforderungen und auch Anstellungsbedingungen von Hausangestellten weltweit. Inhaltlicher Startschuss für die Kampagne war eine Konferenz 2006. Ein erster Erfolg: Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) will 2010 ein Verfahren einleiten, das – so das Ziel der Initiative – 2011 zu einer internationalen Konvention über Bedingungen für Arbeit im Haushalt führt.

Das Internetportal informiert auf Englisch, Französisch und Spanisch unter:

www.domesticworkerrights.org



DAS BUNDESWEITE INTEGRATIONS-PROGRAMM

Die Praxis der Integrationsförderung im Blick

KOMMENTAR

Regina Jordan, Leiterin der Abteilung Integration des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge



Rund 15 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund leben heute in Deutschland, knapp ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Es gibt viele Beispiele gelungener Integration, aber auch weiterhin Bedarf an Angeboten, die das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verbessern.

In Deutschland hat sich eine vielfältige Integrationslandschaft entwickelt, in der zahlreiche private und staatliche Akteure eine Fülle an guten Integrationsangeboten bereithalten. Dies hat sich bewährt, um unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Für eine erfolgreiche Integrationsförderung ist es jedoch von Bedeutung, die Qualität der Angebote kontinuierlich zu verbessern und dafür zu sorgen, dass unterschiedliche Integrationsmaßnahmen systematisch ineinander greifen und gemeinsame Ziele verfolgen.

Um dies zu ermöglichen, wurde mit dem bundesweiten Integrationsprogramm ein Prozess der Qualitätsentwicklung und Koordinierung der Integrationsförderung eingerichtet, der in § 45 des Aufenthaltsgesetzes verankert ist. Seine Aufgabe ist es, die bestehenden Integrationsangebote zu erfassen und gemeinsam mit den zentralen Akteuren der Integrationsförderung Empfehlungen

zu ihrer Weiterentwicklung zu formulieren. Das Bundesministerium des Innern hat seine Entwicklung dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übertragen.

Qualitätsentwicklung und Koordinierung der Integrationsförderung – was heißt das konkret?

Im Zentrum des bundesweiten Integrationsprogramms steht die Praxis der Integration mit den Handlungsfeldern sprachliche Bildung, Bildung, berufliche und gesellschaftliche Integration. Für aktuelle Handlungsbedarfe in diesen Feldern sollen Lösungen gefunden werden. Dabei greift das Integrationsprogramm die Themen und Ergebnisse des Nationalen Integrationsplans auf und erarbeitet Vorschläge zu ihrer Umsetzung und praktischen Weiterentwicklung. Die Arbeitsthemen und Fragestellungen orientieren sich dabei am Bedarf der Praxis der Integrationsförderung nach Lösungsansätzen und Konzepten:

- Wie kann Deutsch als Zweitsprache durchgängig und ohne Brüche an den Übergängen im Bildungssystem gefördert werden?
- Was müssen Bildungseinrichtungen, pädagogisches Personal, aber auch Eltern wissen und können, um Kinder beim Erwerb von Deutsch als Zweitsprache zu unterstützen?
- Welche sprachlichen Anforderungen entstehen in der Berufsausbildung und welche Instrumente kann man Lehrkräften, Ausbildern und Auszubildenden an die Hand geben, um diese zu meistern?
- In welchen Berufsfeldern sind HerkunftsSprachen von Migrantinnen und Migranten ein Vorteil und wie kann Mehrsprachigkeit gezielt für diese Beruf gefördert werden?
- Wie kann man die Bildungs- und Berufsabschlüsse, die Zugewanderte aus dem Ausland mitbringen, schneller und zielgerichteter anerkennen, ggf. durch Nachqualifizierungen weiterentwickeln und damit besser nutzen?

■ Welche Angebote berufsbezogener Sprachförderung sind notwendig, um die Chancen von Menschen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch im Arbeitsmarkt zu stärken – sie (wieder) in Arbeit zu vermitteln oder ihre berufliche Weiterentwicklung zu fördern?

Auf diese und weitere ganz praxisnahe Fragen versucht das bundesweite Integrationsprogramm Antworten zu formulieren – Empfehlungen und Konzepte, die direkte Anwendung in der Praxis finden können. Es lebt dabei von der Unterstützung der beteiligten Akteure: Eine Vielzahl von Expertinnen und Experten tragen ihr Know-how in Workshops, Arbeitsgruppen, Fachtagungen, Experteninterviews, wissenschaftlichen Studien und praktischen Projekten bei. Mit seiner umfassenden Expertise zu Fragen der beruflichen Integration und als Vertreter der Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund ist der DGB dabei ein zentraler Partner für das Bundesamt.

Ergebnisse und Umsetzung

Das bundesweite Integrationsprogramm wird im Frühjahr 2009 veröffentlicht. Ein Ergebnisbericht zum Handlungsfeld sprachliche Bildung wurde bereits vorgelegt und ist auf der Internetseite des Bundesamts erhältlich. Die Umsetzung der Empfehlungen geschieht in der Zuständigkeit der einzelnen Akteure – einen verpflichtenden Charakter haben sie nicht.

Vielfältige Aktivitäten werden dazu beitragen, die Vorschläge und Empfehlungen nachhaltig zu erproben und in der Praxis zu verankern. Die Frage nach ihrer Wirkung lässt sich dabei erst mittel- und langfristig beantworten. Der Umsetzungsprozess wird deshalb durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge umfassend begleitet und dokumentiert.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern

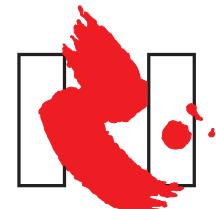


Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



DGB BILDUNGWERK

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich